

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 19. August 2015

802. Petition «Dübi ohni Flug»

Am 2. April 2015 haben die Grünen Kanton Zürich dem Regierungsrat die Petition «Dübi ohni Flug» mit der Forderung eingereicht, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die weitere Nutzung der Piste des Flugplatzes Dübendorf zu wehren.

Sie begründen ihr Anliegen u. a. damit, dass neuer Fluglärm im dicht besiedelten Glattal gegen die Lärmschutzverordnung verstosse, am Flughafen Zürich ausreichende Kapazitäten für Business und General Aviation bestünden und der Flugbetrieb am Flughafen Zürich durch einen Betrieb am Flugplatz Dübendorf komplizierter würde.

Der Regierungsrat hat im Laufe der letzten Jahre bereits mehrmals zu einer zukünftigen zivilaviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf Stellung genommen (vgl. RRB Nrn. 54/2014 und 1339/2013), letztmals mit Beschluss Nr. 1420/2013 im Rahmen des Postulats betreffend «Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf», das am 29. Juni 2015 vom Kantonsrat als erledigt abgeschlossen wurde. Der Regierungsrat hat im Rahmen seiner Berichterstattung zu diesem Postulat auf seine Bedenken bezüglich der vom Bund angestrebten zivilaviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf und auf seine Möglichkeiten zur Stellungnahme im Rahmen der offiziellen Mitwirkungsverfahren hingewiesen. Allerdings obliegt die Entscheidung über die Ausgestaltung einer zukünftigen aviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf dem Bund.

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an die «Grüne Kanton Zürich», Grüne Kanton Zürich, Ackerstrasse 44, 8005 Zürich:

Am 2. April 2015 hat eine Delegation Ihrer Partei der Staatskanzlei die an den Regierungsrat und den Kantonsrat gerichtete Petition «Dübi ohni Flug» übergeben. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Unterzeichnenden der Petition «Dübi ohni Flug» fordern den Regierungsrat und den Kantonsrat des Kantons Zürich auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die weitere Nutzung der Piste des Flugplatzes Dübendorf zu wehren.

Der Regierungsrat hat im Laufe der letzten Jahre bereits mehrmals zu einer zukünftigen zivilaviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf Stellung genommen (vgl. KR-Nrn. 376/2013 und 254/2013), letztmals im Rahmen des Postulats KR-Nr. 204/2011 betreffend «Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf». In diesem Zusammenhang hat der Regierungsrat erneut dargelegt, dass er aus betrieblichen und politischen Gründen nach wie vor Bedenken gegenüber einer zivilaviatischen Nutzung in einem dicht besiedelten Gebiet und in unmittelbarer Nähe zum Flughafen Zürich hat. Den Betrieb eines Heliports für die Armee, die Polizei und die Rettungsflugwacht unterstützt der Regierungsrat hingegen.

Allerdings obliegt die Entscheidung über die Ausgestaltung einer zukünftigen aviatischen Nutzung des Flugplatzes Dübendorf dem Bund. Der Bundesrat hat sich denn auch im Nachgang zum Entscheid des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), die Piste des Flugplatzes Dübendorf in Zukunft nicht mehr weiterzubetreiben und sich auf eine Helikopterbasis zurückzuziehen, dafür ausgesprochen, einen zeitlich befristeten zivilen Weiterbetrieb des Flugplatzareals zu prüfen. Bereits 2013 hat der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, mittels Ausschreibung einen möglichen zivilaviatischen Betreiber für den Flugplatz Dübendorf zu evaluieren. Am 3. September 2014 hat der Bundesrat sodann entschieden, den bisherigen Militärflugplatz Dübendorf künftig sowohl als Innovationspark als auch als ziviles Flugfeld mit Bundesbasis zu nutzen und somit alle drei Interessen des Bundes (militärische Aviatik, Zivilaviatik und Innovationspark) parallel weiterzuverfolgen.

Während die Schaffung der raumplanerischen Grundlagen für den Innovationspark Zürich auf Stufe Kanton vorgesehen ist, obliegt die Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für die aviatische Nutzung (zivil und militärisch) dem Bund.

Dazu hat der Bund Anfang August 2015 die Vernehmlassungen zur Anpassung der Sachpläne Militär (SPM) und Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) eröffnet. In der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans, die der Kantonsrat am 18. März 2014 festgesetzt hat, hat er deshalb ebenfalls festgelegt, dass die überwiegende Nutzung des Flugplatzareals sowie die Pistenbeschaffenheit und -länge im Rahmen der Sachplanung gemäss Bundesgesetzgebung zu klären sein werden. Erst diese Verfahren werden die Grundlagen zur Beurteilung der sicherheits- und lärmtechnischen Auswirkungen liefern, die in der Petition angesprochen werden. Der Kanton Zürich kann und wird sich dann im Rahmen der gesetzlich geregelten Mitwirkungsverfahren in die beiden Prozesse einbringen. Der

Entscheid über die Rahmenbedingungen einer zivilaviatischen Nutzung liegt aber abschliessend beim Bundesrat. Die enteignungsrechtlichen Folgen der von der Petition angesprochenen Weiternutzung lassen sich erst klären, wenn eine weitere aviatische Nutzung des Flugplatzes Dübendorf sowohl raumplanerisch als auch betrieblich (z. B. Betriebsreglement) abschliessend feststeht. Gleiches gilt für die Frage einer möglichen Subventionierung der «Privatfliegerei» durch den Bund.

II. Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, die Mitglieder des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.



Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:

Husi